

Hallertauer Zeitung

Mainburger Zeitung · Hollerdauer Nachrichten

Nummer 95

Markus, Evangelist – Mittwoch, 25. April 2018 – Evangelist Markus

1,50 € / B 3386 A

LOKALES

XXL-Schachanlage im Freibad mithilfe von „Lehrlingsbaustelle“ 13

REGIONALES

Wer öfter mit dem Fahrrad unterwegs ist, kennt sie: die Radl-Nervensagen 10

DIE SEITE DREI

Ermittler rätseln über Motiv des Todesfahrers von Toronto

WIRTSCHAFT

Schmutzige Luft: EU-Kommission verlagt Entscheidung über Klage 7

SPORT

FC Bayern geht mit „gutem Gefühl“ ins Duell mit Real Madrid 37

Trump und Macron suchen Lösung im Streit über Iran-Deal

US-Präsident unterstreicht harten Kurs gegen Teheran
Frankreichs Präsident offen für neues Gesamtkonzept

Washington. (dpa) Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat nach Gesprächen mit seinem US-Kollegen Donald Trump ein neues Gesamtkonzept für den Umgang mit dem Iran ins Gespräch gebracht. „Wir wollen nachhaltige Stabilität und ich glaube, die Diskussionen, die wir miteinander geführt haben, haben es ermöglicht, den Weg zu einer neuen Vereinbarung zu öffnen und zu ebnet.“

Der vor allem in den USA umstrittene Atomdeal mit der islamischen Republik sei nur eine von vier Säulen einer umfassenden Iran-Politik, erklärte Macron. Es müsse in einem „neuen Deal“ auch der Einfluss des Irans im Nahen Osten, die Begrenzung des iranischen Raketenprogrammes und der langfristige Verzicht auf Atomwaffen geregelt werden, sagte Macron.

Damit kommt er in Teilen einer Forderung von US-Präsident Trump entgegen, der dem Iran zwar attestiert, den Atomdeal technisch einzuhalten, aber unter anderem mit seinem Raketenprogramm und der Förderung von Terror in der Region gegen dessen Geist zu verstoßen. „Wir brauchen einen fairen Deal“, sagte Macron aber auch. Er müsse es den Staaten in der Region ermöglichen, friedlich zusammenzuleben. Dies schließe die Situation in Syrien ein. Die Führung in Damaskus wird unter anderem vom Iran unterstützt.

US-Präsident Donald Trump schickte dagegen neue Drohungen in Richtung Teheran. „Wenn der

Iran uns bedroht, dann wird er einen Preis zahlen, den wenige Länder bezahlt haben“, sagte Trump. Teheran hatte angedeutet, sein Atomprogramm wieder zu starten, falls die USA den Atomdeal platzen lassen sollten. „Sie starten gar nichts neu. Wenn sie neu starten, dann werden sie Probleme haben, größer als sie sie je zuvor hatten“, hatte Trump bereits vor Beginn der Gespräche mit der französischen Delegation gesagt.

Der Iran stehe hinter vielen Schwierigkeiten im Nahen Osten. „Man sieht die Fingerabdrücke des Irans hinter vielen Problemen in Nahost“, sagte Trump. Bis zum 12. Mai muss Trump entscheiden, ob die USA weiter Sanktionen gegen das Land aussetzen. Dies wird auch als Entscheidung über den Verbleib der USA im internationalen Atomdeal mit dem Iran angesehen.

Trump forderte zudem die wohlhabenden Länder in der Region auf, ihre finanziellen Mittel im Kampf gegen den – aus US-Sicht auch vom Iran unterstützten – Terrorismus zu erhöhen. Dies dürfte unter anderem an die Golf-Staaten, darunter Saudi-Arabien, gerichtet gewesen sein.

Der US-Präsident bekräftigte zwar seine Absicht, die US-Soldaten möglichst bald aus Syrien abzuziehen zu wollen. Er fügte aber hinzu, dass man zunächst den Einsatz gegen den Islamischen Staat (IS) beenden müsse. Man wolle eine „starke und nachhaltige Fußspur“ in Syrien hinterlassen, erklärte Trump bei einer Pressekonferenz mit Macron im Weißen Haus.



RECHNUNGSHOF MONIERT VERSCHWENDUNG BEI DER BUNDESWEHR: Einen Tag nach dem Bekanntwerden millionenschwerer Beschaffungsvorhaben bei der Bundeswehr hat der Bundesrechnungshof in einem Prüfbericht der Truppe schlechtes Management und unnötige Ausgaben vorgeworfen. So seien etwa Übungsmöglichkeiten mit Flugsimulatoren nur unzureichend genutzt worden. Foto: dpa

► Seite 4/Kommentar Seite 2

Das ökologische Gewissen

ÖDP-Ortsverband Mainburg bestätigt Bernd Wimmer als Vorsitzenden

Mainburg. (ha) Breitgefächert sind die Aktivitäten des ÖDP-Ortsverbandes Mainburg, wie sich bei der Jahreshauptversammlung am Montag zeigte. Dabei wurde Bernd Wimmer für weitere zwei Jahre im Amt als Vorsitzender bestätigt. Seit dem Jahre 2008 steht er mittlerweile an der Spitze der Ökopartei in der Hopfenstadt.

Mit den beiden amtierenden Stadträten Konrad Pöppel und Annette Setzensack wählte die Versammlung zwei gleichberechtigte Stellvertreter. Rolf Delventhal fungiert weiterhin als Schriftführer. Den Vorstand ergänzen insgesamt zwölf Beisitzer. Die Wahl wurde geleitet von Kreisvorsitzendem Peter-Michael Schmalz, der für die Arbeit vor Ort voll des Lobes war.

Ein Blick auf die Homepage der Ortsgruppe zeigt die breite Themenpalette, derer sich die ÖDP annimmt. Dabei kämpft man unter anderem gegen die geplante Orts-



ÖDP-Kreisvorsitzender Peter-Michael Schmalz (links) gratuliert dem Vorstand des Ortsverbandes um Vorsitzenden Bernd Wimmer (2. v. r.). Foto: Hagl

umfahrung der B301 um Mainburg im Schulterschluss mit den Gegnern aus der Nachbargemeinde Rudelzhausen. Der Umweltpreis der Stadt, die Fairtradegruppe, das Repaircafé

und die Neugründung der Bund Naturschutz-Ortsgruppe sind Initiativen der ÖDP zu verdanken. Mittlerweile fest im Terminkalender steht auch der Bauernmarkt.

WETTER

Heute



24 | 10

Morgen



15 | 7

Ausführliches Wetter ► Seite 12

Rätsel ► Seite 8

TV-Programm ► Seite 44

Kindernachrichten ► Seite 36

Internet: www.idowa.de

Verteidiger: Zschäpe keine Mittäterin

Anwalt weist Vorwürfe gegen die Hauptangeklagte im NSU-Prozess zurück

München. (dpa) Die Verteidiger der mutmaßlichen Rechtsterroristin Beate Zschäpe haben eine Mittäterschaft ihrer Mandantin an den Morden und Anschlägen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) bestritten. Was die Bundesanwaltschaft aufgezählt habe, reiche weder im Einzelnen noch in der Gesamtschau aus, um eine Mittäterschaft zu begründen, sagte Zschäpes Vertrauensanwalt Hermann Borchert am Dienstag im NSU-Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht. Und eine Mittäterschaft Zschäpes lasse sich auch weder mit deren Charakter noch mit deren früheren politisch geprägten Aktivitäten begründen.

Einen Antrag für das Strafmaß stellte der Verteidiger am Dienstag

zunächst nicht. Damit ist erst am Ende seines Schlussvortrags zu rechnen, den er mit seinem Kollegen Mathias Grasel halten will. Der Prozess wurde am Nachmittag bis zu diesem Mittwoch unterbrochen.

Die Bundesanwaltschaft hatte für Zschäpe lebenslange Haft und anschließende Sicherungsverwahrung gefordert. Die heute 43-Jährige war nach Überzeugung der Ankläger eines von drei gleichberechtigten Mitgliedern des NSU und sollte deshalb als Mittäterin an sämtlichen Verbrechen der Gruppe bestraft werden. Dazu zählen zehn Morde, neun davon aus rassistischen Motiven, einer an einer deutschen Polizistin.

Borchert sagte dagegen mit Blick auf den ersten NSU-Mord im September 2000 in Nürnberg: „Meine

Mandantin bestreitet vehement, sowohl diesen Mord als auch die späteren Morde und Bombenanschläge gewollt und unterstützt zu haben.“ Der Verteidiger kritisierte in seinem Plädoyer, die Bundesanwaltschaft habe die Beweise in dem seit fast fünf Jahren dauernden Verfahren „mangelhaft“ und „einseitig“ bewertet. Zschäpe habe nicht einmal die Motive ihrer beiden mutmaßlichen Komplizen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gekannt.

Falsch interpretiere die Anklage auch Zschäpes Rolle innerhalb des Trios, sagte Borchert. Sie habe den viel dominanteren Mundlos und Böhnhardt nichts entgegenzusetzen gehabt. Die Taten der beiden Männer hätten sie abgestoßen. Wann es ein Urteil geben könnte, ist offen.

Kabinetts entschärft Psychriergesetz

München. (dpa) Die Staatsregierung verzichtet nach scharfer Kritik auf die Einführung einer Zentraldatei zur Erfassung sämtlicher in der Psychiatrie untergebrachter Patienten. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) verkündete den Rückzieher am Dienstag nach der Kabinettsitzung. An erster Stelle solle die Hilfe für die Betroffenen und ihre Familie stehen, sagte Söder. „Es geht um Menschen, die eine psychiatrische Erkrankung haben, und nicht um Straftäter“, sagte Sozialministerin Kerstin Schreyer (CSU).

Die Staatsregierung ebnete zudem den Weg für die Begrenzung der Amtszeit der bayerischen Ministerpräsidenten auf zehn Jahre. „Wir setzen damit ein fundamentales Signal für mehr Demokratie, für Begrenzung von Macht“, sagte Söder. ► Seite 5

Anzeigenservice • 08751/8621 0

3 1 3 1 7

4 195746 601508

Vertriebsservice • 0871/85024 10